

# WMI

## WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN



Ausgabe 5. Januar 2018

### Inhalt

#### 3 Nachhaltige Stadtentwicklung:

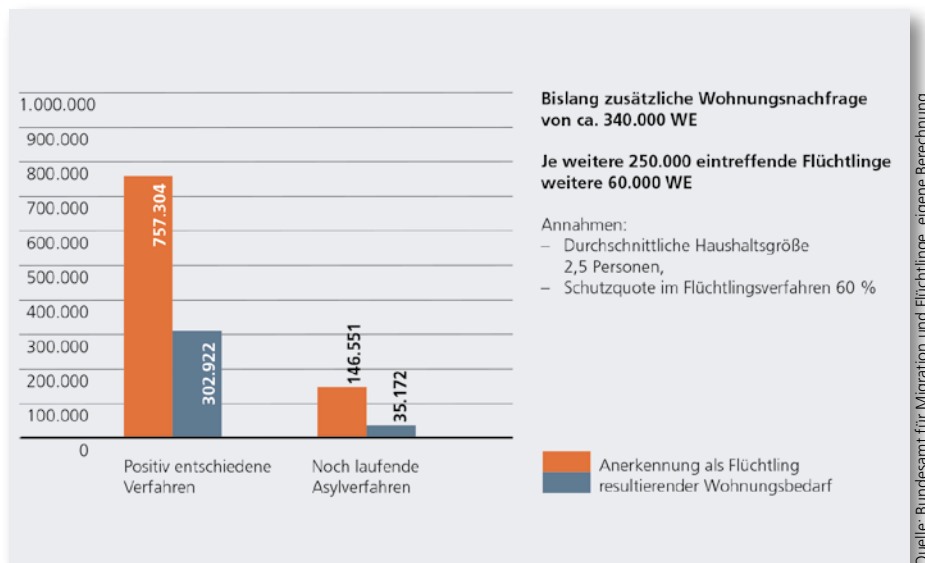
Mit der Initiative „Urban Innovative Actions“ fördert die EU-Kommission Projekte, die mit innovativen Ansätzen zur Nachhaltigkeit beitragen.

**3 Europäische Förderung:** Die Laufzeit des Europäischen Fonds für strategische Investitionen wird bis Dezember 2020 verlängert – er gilt auch für energetische Sanierungen.

**4 Forschung:** Das Leibniz-Institut für Raumforschung untersucht Ansätze zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität durch Anpassung von Gebäuden und Grünräumen.

## Zuwanderung: Weniger Schutzsuchende erreichen Deutschland und Europa

**Berlin – Rund 64 Millionen Menschen waren nach Angaben des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte 2016 weltweit auf der Flucht. Es gibt viele Gründe, die Menschen zur Flucht bewegen können: bewaffnete Konflikte, Kriege und Bürgerkriege, aber auch politische Verfolgung, Diskriminierung oder Perspektivlosigkeit. Die meisten von ihnen leben als Binnenvertriebene in ihrem Herkunftsland oder in den Nachbarregionen. Deutschland gehörte 2016 zu den 10 Hauptaufnahmeländern Schutzsuchender. Allerdings kommen nur knapp drei Prozent aller Flüchtlinge überhaupt in die EU.**



Der Wohnungsbedarf hat durch die Zuwanderung von Flüchtlingen seit Anfang 2015 bis Juni 2017 um circa 340.000 Wohneinheiten zugenommen.

Nach Angaben des Europäischen Statistikamts haben 2016 rund 1,2 Millionen Menschen erstmals einen Asylantrag in den 28 Staaten der Europäischen Union (EU) gestellt – die meisten von ihnen kamen mit 334.800 aus Syrien. Insgesamt 183.000 der Antragssteller kamen aus Afghanistan und 127.000 aus dem Irak. Das sind etwa 50.000 weniger Asylsuchende als 2015. Im sogenannten EASY-System der Polizei wurden im Laufe des Jahres 2016 rund 321.000 Flüchtlinge beim Grenzübertritt

nach Deutschland registriert. Damit haben deutlich weniger Flüchtlinge Deutschland erreicht als im Vorjahr. Das EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Bei den EASY-Zahlen sind Fehl- und Mehrfacherfassungen unter anderem wegen der fehlenden Erfassung der persönlichen Daten nicht ausgeschlossen. Auch durch eigenständige Rück- und Weiterreisen der Flüchtlinge weichen die EASY-Zahlen von der Zahl

Weiter auf Seite 2 ➔

## Aktuelle Meldungen

### Städtetag für neue Grundsteuer

Der Deutsche Städtetag fordert von Bund und Ländern eine schnelle Reform der Grundsteuer, wie die *Süddeutsche Zeitung* am 3. Januar 2018 berichtete. Die Städte befürchten nach Aussagen von Städtetag-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy, dass die Grundsteuer in der heutigen Form für unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt werden könnte. Für eine gesetzliche Neuregelung und eine Neubewertung des gesamten Grundbesitzes seien mehrere Jahre notwendig. (wi)

### Kommunen fordern 100 Milliarden Euro

Die Kommunen haben die künftige Bundesregierung aufgefordert, sie mit einem Investitionspaket von 100 Milliarden Euro beim Bemühen um bessere Lebensverhältnisse vor Ort zu unterstützen. Dabei gehe es um einen Zeitraum von 10 Jahren, so dass pro Jahr 10 Milliarden Euro anfielen, berichtete die *Berliner Zeitung* am 4. Januar 2018. Der Investitionsstau betrage derzeit 126 Milliarden Euro. (wi)

### Zahl der Erwerbstätigen gestiegen

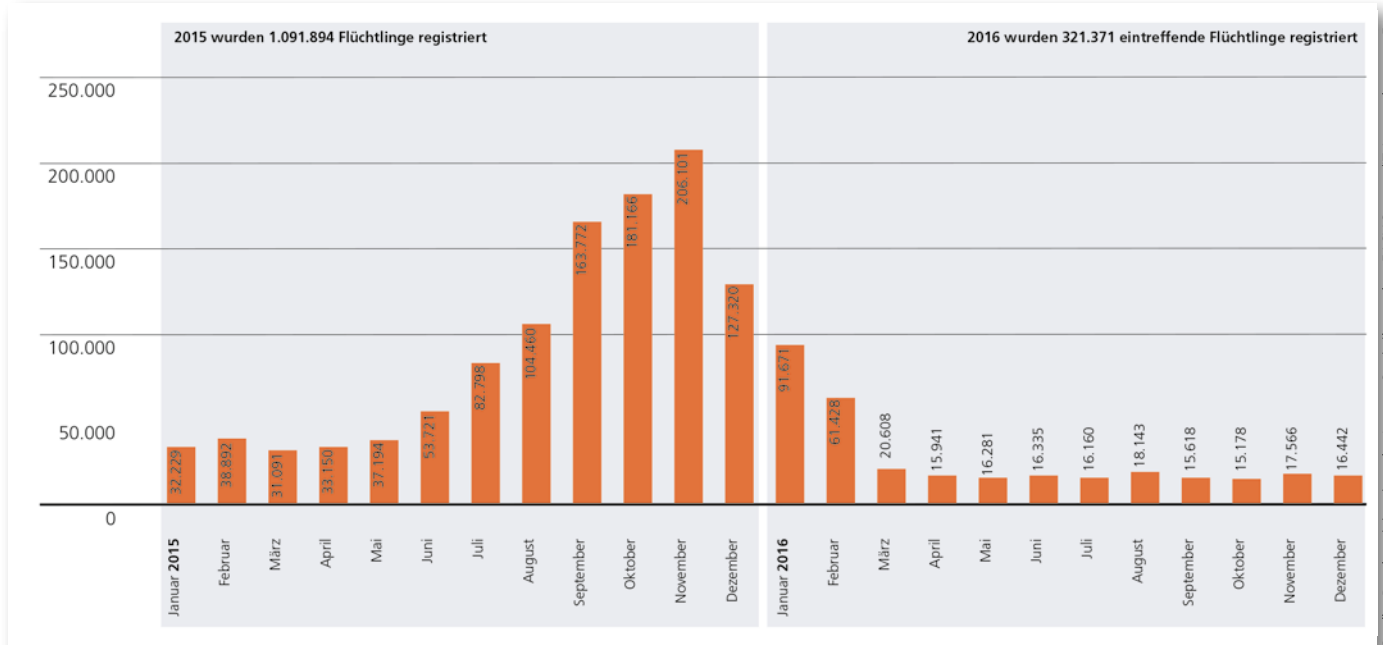
Im November 2017 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 44,7 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Damit nahm die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber November 2016 um 617.000 Personen oder 1,4 Prozent zu. Erwerbslos waren im November 2017 rund 1,5 Millionen Personen, 178.000 weniger als ein Jahr zuvor. (wi)

Fortsetzung von Seite 1

der tatsächlich zuwandernden Flüchtlinge nach oben ab. So ist für 2016 von 280.000 neu hinzugekommenen Schutzsuchenden auszugehen. Auch die Flüchtlingszahl für das Jahr 2015 musste die Bundesregierung nach unten korrigieren: Aus zuerst berichteten 1,1 Millionen wurden nach Bereinigung der Ungenauigkeiten des EASY-Systems 800.000 Schutzsuchende.

trotz Schließung der Balkanroute im Jahr 2016 deutlich angewachsen. Dies liegt nicht zuletzt am Bearbeitungsrückstau bei der Flüchtlingsanerkennung, der erst im Laufe des Jahres 2017 abgebaut werden konnte. Im Jahr 2016 wurde rund 434.000 Flüchtlingen ein Schutzstatus zuerkannt. Dies sind dreimal so viele anerkannte Flüchtlinge wie im Jahr 2015. Insgesamt wurden 2016 rund 696.000 Asylverfahren

zur Unterbringung von Flüchtlingen. In einer aktuellen Zusatzumfrage zu seiner Jahresstatistik ermittelte der GdW unter seinen Wohnungsunternehmen aktuelle Zahlen und Einschätzungen. Rund 54 Prozent der befragten GdW-Unternehmen stellen ihren Bestand oder geplante Neubauten für die Wohnungsvergorgung von Flüchtlingen zur Verfügung. Ihr Hauptmotiv: soziale Verantwortung, wie 92,5 Prozent der Woh-



Quelle: Bundesministerium des Innern; Statistik aus dem EASY-System (IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylsuchenden auf die Bundesländer)

Migration nach Deutschland flüchtender Menschen – Registrierungen von Flüchtlingen im Ersterfassungssystem EASY 2015/2016

**Rekordwerte bei Asylverfahren**

Viele der bereits 2015 Eingereisten konnten erst 2016 ihren Asylantrag stellen, da vielerorts bereits bei der Antragsstellung ein Bearbeitungsstau entstanden war. Die Zahl der Anträge ist 2016 daher deutlich gestiegen: Insgesamt gab es rund 722.000 Neu- und circa 23.000 Folgeanträge.

Entsprechend erreichte sowohl die Zahl der Asylentscheidungen mit circa 696.000 als auch die Zahl der noch laufenden Asylverfahren einen Rekordwert: Knapp 434.000 Menschen warteten Ende 2016 auf die Entscheidung über ihren Asylantrag.

Zwei Drittel aller im Jahr 2016 gestellten Asylanträge entfallen auf die drei Länder Syrien mit 36,9 Prozent, Afghanistan mit 17,6 Prozent und den Irak mit 13,3 Prozent. Auf den weiteren Plätzen folgen mit deutlichem Abstand der Iran, Eritrea und Albanien.

**Deutliche Zunahme bei Aufenthaltstiteln**

Spätestens mit der Asyl- und Flüchtlingsanerkennung haben Flüchtlinge das Recht, eine eigene Wohnung zu beziehen und werden dann als Nachfrager auf dem regulären Wohnungsmarkt relevant. Die Zahl der Geflüchteten mit Aufenthaltstitel ist

ren entschieden. In 62,4 Prozent der Fälle endete das Verfahren positiv mit einem Schutzstatus des betroffenen Flüchtlinge.

Im Laufe des ersten Halbjahrs 2017 ist die Schutzquote deutlich auf 44,7 Prozent gesunken. Rund 183.000 Flüchtende bekamen einen Schutzstatus zugesprochen. Die anhängigen Asylverfahren konnten bis Mitte 2017 auf nur noch 147.000 reduziert werden.

**Zusätzlicher Bedarf von rund 340.000 Wohnungen**

Die aus der aktuellen Flüchtlingszuwanderung resultierende Wohnungsnachfrage kann unter Zuhilfenahme einfacher Durchschnittsgrößen – einer Haushaltsgröße von 2,5 Personen und einer Anerkennungsquote im Asylverfahren von 60 Prozent – schätzungsweise beziffert werden. Insgesamt ist durch die Flüchtlingszuwanderung zwischen Anfang 2015 und Ende Juni 2017 ein zusätzlicher Wohnungsbedarf von rund 340.000 Wohnungen entstanden. Etwa 10 Prozent davon entfallen auf den zu erwartenden Wohnungsbedarf der noch ausstehenden Entscheidungen aus den Jahren 2015 bis Mitte 2017.

Die professionell-gewerbliche Wohnungswirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag

zur Unterbringung von Flüchtlingen. Besonders engagiert in der Flüchtlingsunterbringung sind die kommunalen und öffentlichen Wohnungsunternehmen. Mehr als vier Fünftel von ihnen spielen eine wesentliche Rolle bei der Wohnungsunterbringung von Geflüchteten.

Etwa acht Prozent der Unternehmen im GdW haben direkt mit der Kommune oder mit dem Kreis einen Kontingentvertrag zur Unterbringung von Flüchtlingen geschlossen. Zwei Drittel derartiger Kontingentverträge wurde mit kommunalen Wohnungsunternehmen vereinbart, knapp ein weiteres Drittel mit Wohnungsgenossenschaften. (schra/schi) ■

➔ Weiterführende Infos finden Sie in der neuen Ausgabe der „Wohnungswirtschaftlichen Daten und Trends 2017/2018“ des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.

Hinweise zur Bestellung hier: <https://goo.gl/9xZFC5> oder unter diesem QR-Code:



## Nachhaltige Stadtentwicklung: EU-Kommission fördert Projekte mit 100 Millionen Euro

**Brüssel – Städte und Kommunen in der Europäischen Union (EU) können sich mit innovativen Projektideen zur nachhaltigen Stadtentwicklung um EU-Fördermittel bewerben. Mit der Initiative „Urban Innovative Actions“ will die EU-Kommission kreative Projekte in ganz Europa mit bis zu 100 Millionen Euro unterstützen.**

Die geförderten Projekte können aus folgenden Bereichen kommen: Anpassung an den Klimawandel, Luftqualität, Wohnen, Arbeitsplätze und Kompetenzen in der lokalen Wirtschaft. Die Bewerbungsfrist endet am 30. März 2018. Die Fördermittel

werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereitgestellt.

Die Kommission wird in den Mitgliedstaaten eine Reihe von Seminaren veranstalten, die den Antragstellern dabei helfen sollen,

fundierte Vorschläge einzureichen und ihre Chancen auf eine Finanzierung zu erhöhen. (önelschi) ■

➔ Weitere Infos finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/QbDgJR>

## Europäischer Investitionsfonds verlängert

**Brüssel – Der Europäische Rat hat am 12. Dezember 2017 beschlossen, den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) zu verlängern. Der EFSI 2.0 ist die Leitinitiative des EU-Investitionsplans für Europa.**

Der Verordnungsentwurf sieht eine Verlängerung der Laufzeit des EFSI bis zum 31. Dezember 2020 vor. Dabei wird das Investitionsziel auf 500 Milliarden Euro erhöht, wobei die EU-Haushaltsgarantie auf 26 Milliarden Euro ausgebaut wird. Für die Erhöhung des Beitrags der Europäischen Investitionsbank von derzeit fünf Milliarden Euro auf 7,5 Milliarden Euro fehlt noch die Genehmigung durch den Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Die Verordnung wurde vom Rat ohne Diskussion angenommen. Eine vorläufige Ein-

gung mit dem Parlament wurde schon am 26. Oktober 2017 erzielt. Das Parlament hatte die Verordnung am 12. Dezember 2017 in erster Lesung angenommen.

Der Mitte 2015 eingerichtete Fonds ist auf einen guten Weg, sein ursprünglich angestrebtes Ziel von 315 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen bis Mitte 2018 zu erreichen. Was kleine und mittlere Unternehmen betrifft, so übersteigen die Ergebnisse bei Weitem die Erwartungen. Der EFSI wurde bereits in allen 28 Mitgliedstaaten genutzt und hat bereits mehr als 225 Milli-

arden Euro an Investitionen zusätzlich zum normalen Wirtschaftsablauf ausgelöst, so die Kommission.

Ursprünglich war im EFSI die Förderfähigkeit von Maßnahmen am Gebäude nicht vorgesehen. In der europapolitischen Arbeit ist es dem Spitzenverband der Wohnungswirtschaft GdW allerdings gelungen, die energetische Sanierung des Gebäudebestands durch den EFSI zu ermöglichen. (önelkoch) ■

➔ Weitere Infos finden Sie auf der Kommissionswebsite unter <https://goo.gl/jmsY76>

## Horizont 2020: Arbeitsprogramm sieht bis zu 30 Milliarden Euro an Fördermitteln vor

**Brüssel – Die Europäische Kommission sieht für das Innovations- und Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 für den Zeitraum von 2018 bis 2020 rund 30 Milliarden Euro vor. Künftig soll das Programm noch stärker an den politischen Prioritäten der Kommission ausgerichtet werden. Dazu zählt die Kommission besonders dringliche Themen wie Migration, Sicherheit, Klimaschutz, saubere Energien und die digitale Wirtschaft. Dabei wird die Anzahl der Themenfelder reduziert, um die Mittel auf weniger Prioritäten zu konzentrieren.**

Zu den neuen Maßnahmen gehören die Unterstützung marktschaffender Innovationen, die Vereinfachung beispielsweise von Pauschalfinanzierung und die Bekämpfung von Qualifikationsungleichgewichten. Relevante Schwerpunkte für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sind beispielsweise eine CO<sub>2</sub>-arme, klimaresiliente Zukunft – hierfür sind 3,3 Milliarden Euro vorgesehen; die Kreislaufwirtschaft mit einer Milliarde Euro; Digitalisierung und Umgestaltung von Industrie und der Dienstleistungen in der Europäischen Union (EU) mit 1,7 Milliarden Euro; die Sicherheitsunion mit einer Milliarde Euro und Migration mit 200 Millionen Euro.

2,2 Milliarden Euro sind für Projekte zur sauberen Energie in den folgenden vier miteinander verknüpften Bereichen vorgesehen: erneuerbare Energien, energieeffiziente Gebäude, Lösungsansätze für Elektromobilität und Speicherung einschließlich 200 Millionen Euro zur Unterstützung der Entwicklung und Herstellung von Batterien. Mit der Pauschalfinanzierung wird ein neuer Ansatz zur Kostenerstattung von einem kontrollbasierten zu einem vertrauensbasierten System geschaffen. Zusammen mit einer größeren Anzahl von zweistufigen Aufrufen soll durch diese Maßnahme der Verwaltungsaufwand verringert und das Programm für seine Nutzer

vereinfacht werden. Hochwirksame saubere Energietechnologien sollen stärker unterstützt werden. Ziel der ersten Reihe von Projekten ist es, zwei spezifische Herausforderungen im Bereich der erneuerbaren Energien zu lösen: Photovoltaik-Fenster sowie die biologische Umwandlung von CO<sub>2</sub> und erneuerbarem Wasserstoff in Kraftstoffe. Ein Pilotprojekt im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik wird sich zudem mit Qualifikationen befassen. (öneljosikochschi) ■

➔ Weitere Infos in finden Sie unter diesem Kurz-Link: <https://goo.gl/WpZq9B> – sowie hier: <https://goo.gl/5NcVwZ>

## Gute Wohnqualität trotz Sommerhitze – Forschungsprojekt untersucht Maßnahmen in Dresden und Erfurt

**Dresden – Wie steht es um die Wohnqualität in Städten bei Hitzeperioden im Sommer? Wie lässt sich die Lebensqualität durch die Anpassung von Gebäuden oder Grünräumen verbessern? Und wie stehen die Bewohner als Betroffene der Hitzebelastungen dazu? Diesen Fragen geht ein interdisziplinäres Forschungsteam aus sieben Partnern der Wissenschaft und Praxis unter Leitung des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung (IÖR) im Projekt „HeatResilientCity“ – Hitzeresiliente Stadt- und Quartiersentwicklung in Großstädten am Beispiel von Dresden und Erfurt – nach.**

Vor allem Menschen in Großstädten und dicht bebauten Quartieren kennen die leidvolle Erfahrung: Steigen im Sommer die Temperaturen für längere Zeit an, nimmt auch die Hitzebelastung zu. Nacht für Nacht wälzen sie sich dann schlaflos hin und her, der Körper kann nicht regenerieren. Auch tagsüber belasten hohe Temperaturen den Organismus, die Leistungsfähigkeit sinkt. Diese Belastung durch lange Hitzeperioden im Sommer ist inzwischen als eine der folgenreichsten Wirkungen des Klimawandels anerkannt. Wie können Städte und ihre Bewohner reagieren? Welche Maßnahmen können helfen, mit der Belastung umzugehen?

Diesen Fragen gehen Forschende vom Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der Fachhochschule Erfurt (ISP), vom Institut für Hydrologie und Meteorologie der Technischen Universität Dresden, vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung und von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden nach.

Die Stadtforscher, Meteorologen, Bauingenieure und Gebäudetechniker arbeiten gemeinsam mit Praxisakteuren vom Umweltamt der Landeshauptstadt Dresden, vom Umwelt- und Naturschutzamt der Landeshauptstadt Erfurt und von der Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden an umsetzbaren Lösungen für diese Fragestellungen.

### Maßnahmen im Praxistest

Schon jetzt lässt sich mit Hilfe von hochgenauen Modellen darstellen, wie sich das

Stadtklima auf das Klima von Innenräumen auswirkt. Ebenso lässt sich simulieren, wie Anpassungsmaßnahmen wirken könnten. Im Projekt wird es nun an die Umsetzung solcher Maßnahmen gehen. Sie sollen helfen, die thermischen Belastungen in Gebäuden, aber auch in den umliegenden Freiräumen zu reduzieren.

Als Orte, an denen verschiedene Maßnahmen getestet werden, hat das Projektteam zwei sehr unterschiedliche Quartiere ausgewählt – den Stadtteil Dresden-Gorbitz und die Erfurter Krämpfervorstadt. Hier wollen die Projektpartner Anpassungsmaßnahmen entwickeln und umsetzen, die nicht nur eine hohe Wirkung versprechen, sondern gleichzeitig von den Eigentümern und Bewohnern vor Ort akzeptiert werden.

Neben bautechnischen Lösungen für einzelne Gebäude soll auch die Wirkung von Stadtgrün und Gewässern auf die Hitzebelastung in Wohnquartieren genauer unter die Lupe genommen werden.

### Erste Projektschritte

Mitte November traf sich das interdisziplinäre Forschungsteam zum Projektauftritt in Erfurt, um die nächsten Schritte zu besprechen. Die ausgewählten Quartiere stehen stellvertretend für unterschiedliche Rahmenbedingungen. So ist die Erfurter Krämpfervorstadt geprägt durch Bebauungsstrukturen aus der Gründerzeit, die demnächst durch Neubauten ergänzt werden sollen. Dresden-Gorbitz hingegen ist ein typisches DDR-Plattenbaugelände der 1980er Jahre. So unterschiedlich

wie die Bebauung ist auch die Struktur der Eigentümer und Bewohner. Wie sie sich durch Sommerhitze in den Wohngebieten betroffen fühlen und das Thema als Problem wahrnehmen, ist bisher kaum bekannt.

Das soll sich ändern. Die Projektpartner aus Wissenschaft und Praxis sind sich einig, dass Anwohner und Gebäudeeigentümer eng in die Studie einbezogen und Maßnahmen zur Anpassung von Gebäuden und Quartieren mit den Betroffenen vor Ort und für sie umgesetzt werden sollen.

In Dresden wird es schon bald konkret werden: An der „Mittelachse“ in Gorbitz, einem Band aus gestalteten Grünflächen, die von Fußwegen durchzogen sind, ist im nächsten Jahr die Komplettanierung einiger sogenannter Würfelhäuser geplant. Die Aufenthaltsräume wie Wohn- und Kinderzimmer zeigen zumeist in Richtung Süd/Südwest – ideale Voraussetzungen, um erste Pilotmaßnahmen zur Temperaturregulierung wissenschaftlich begleitet umzusetzen. (hen/koch) ■

➔ [Weitere Infos finden Sie hier: https://goo.gl/XVpVaV](https://goo.gl/XVpVaV) oder unter diesem QR-Code:



## WETTBEWERB

### Georg-Potschka-Tatendrang!-Preis 2018 ausgelobt



Die Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS) lobt 2018 zum zweiten Mal den Georg-Potschka-Tatendrang!-Preis aus.

Gesucht werden Initiativen und Gruppen, die sich in der Ausbildung, im Studium oder privat entwicklungspolitisch engagieren und sich mit sozialen oder gemeinnützigen Fragestellungen auseinandersetzen. Alle Auszubildenden und Studierenden der Wohnungswirtschaft, Einzelpersonen, Gruppen oder Initiativen

können mitmachen und sich bis zum 31. Juli 2018 bewerben. Die Preisverleihung findet anlässlich des Tages der Wohnungswirtschaft am 14. November 2018 in Berlin statt. (meilschi) ■

➔ [Weitere Infos zur Teilnahme finden Sie unter www.deswos.de/aktionen](http://www.deswos.de/aktionen)

**Lohnsteuer 2018**

26. Februar 2018, Hannover

Auch in diesem Jahr sind wieder zahlreiche neue Verwaltungsanweisungen und gesetzliche Veränderungen, insbesondere des Betriebsrentenstärkungsgesetzes, im Lohnsteuerrecht zu beachten. Gleiches gilt für Änderungen und Praxisfragen im Bereich der Besteuerung von Sachbezügen. Dieses Seminar vermittelt einen kompakten Überblick über alle lohnsteuerlichen Änderungen zum 1. Januar 2018 und zeigt alle wesentlichen Aspekte praxisgerecht auf. Außerdem wird über den aktuellen Stand bei dauerhaften Prüfungsschwerpunkten bei Lohnsteuerußenprüfungen wie der betrieblichen Altersversorgung, der Pkw-Gestellung, Sachbezüge oder Entlassungsentschädigungen informiert.

**Weitere Infos:** vdw Niedersachsen Bremen, Ilka Birnbaum, Telefon: 0511/1265123, E-Mail: [seminare@vdw-online.de](mailto:seminare@vdw-online.de), Internet: [www.vdw-online.de](http://www.vdw-online.de)

**WEBINAR: Update Mietrecht**

6. März 2018, Online-Webinar

Die Rechtsprechung der Obergerichte und des Bundesgerichtshofes entwickeln sich in mietrechtlichen Fragen immer weiter. Immer wieder werden neue Aspekte eingeführt, alte verworfen. Dieses Webinar informiert über die aktuellen Entwicklungen in der Rechtsprechung und ihre Relevanz für die Verwalterpraxis. Thematische Schwerpunkte sind unter anderem Betriebskosten, Schönheitsreparaturen und Kündigungen. Technische Voraussetzungen sind ein internetfähiger PC, Lautsprecher oder Audioempfang über Telefon.

**Weitere Infos:** BBA, Christoph Dormeier, Telefon: 030/23085541, E-Mail: [christoph.dormeier@bba-campus.de](mailto:christoph.dormeier@bba-campus.de), Internet: [www.bba-campus.de](http://www.bba-campus.de)

**Digitale Rechnungen**

7. März 2018, Dresden

Dieses Seminar richtet sich an Leiter und Mitarbeiter im Rechnungswesen, Controlling und Finanzen. Im Seminar werden mögliche Übertragungsformate für digitale Rechnungen vorgestellt und deren Vor- und Nachteile erörtert. Weiterhin werden die Anforderungen der Finanzverwaltung und der handelsrechtlichen Regelungen an die Archivierung vorgestellt, zudem die allgemeinen Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs. Weitere inhaltliche Schwerpunkte sind unter anderem Form und Inhalt der digitalen Rechnung, Rechnungsberichtigung, Verfahren des E-Invoicing, mögliche Übertragungswege, prozessorientiertes Rechnungswesen, Anforderungen an die Archivierung sowie Aufbewahrungspflichten.

**Weitere Infos:** vdw Sachsen, Dr. Thomas Hesse, Telefon: 0351/4917717, E-Mail: [these@vdw-sachsen.de](mailto:these@vdw-sachsen.de), Internet: [www.vdw-sachsen.de](http://www.vdw-sachsen.de)

**Professionelle Präsentationen**

12. März 2018, Bochum

Dieses Seminar vermittelt entscheidende Tipps und Tricks für die Erstellung einer gelungenen Präsentation. Das Angebot richtet sich an Mitarbeiter im Sekretariat sowie an Assistenten und Referenten der Geschäftsführung. Die Teilnehmer lernen, wie man Inhalte sinnvoll strukturiert, sich auf Kernbotschaften beschränkt und auch mit einem kleinen Zeitrahmen aussagekräftige Folien erstellen kann. Inhaltliche Schwerpunkte des Seminars sind unter anderem Texte interessanter wiedergeben, kreative Visualisierungen von Tabellen- und Diagrammen, Effekte und Animationen richtig einsetzen, Video- und Audiodateien einsetzen und PowerPoint versenden.

**Weitere Infos:** EBZ, Virginia Pokorski Telefon: 0234/9447599, E-Mail: [akademie@e-b-z.de](mailto:akademie@e-b-z.de), Internet: [www.e-b-z.de](http://www.e-b-z.de)

## PERSÖNLICHES

**Siegfried Apfel**, Geschäftsführer der Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau, feierte am 1. Januar 2018 sein 35. Dienstjubiläum in der Wohnungswirtschaft. Er ist Mitglied im GdW-Verbandsrat sowie in der Bundesarbeitsgemeinschaft kirchlicher Wohnungsunternehmen.

**Axel Fietzek**, Vorstandsvorsitzender der LebensRäume Hoyerswerda eG, feierte am 22. Dezember 2017 seinen 55. Geburtstag. Er ist Vorsitzender des Fachausschusses Demografie und Migration, Mitglied im Fachausschuss Stadtentwicklung, im Ver-

bandsrat sowie in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften.

**Joachim Becker**, Geschäftsführer der Stadtbau GmbH Regensburg, feierte am 30. Dezember 2017 seinen 55. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW-Verbandstag.

**Sabine Degen**, Referentin beim Verband Berlin Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU), feierte am 31. Dezember 2017 ihren 55. Geburtstag. Sie ist Mitglied im GdW-Fachausschuss Rechtsfragen und Verträge.

**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:  
Katharina Burkardt

Redaktion:  
Andreas Schichel, Antonia Koch, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:  
Klingelhöferstraße 5  
10785 Berlin  
Tel.: 030 82403-151  
Fax: 030 82403-159  
E-Mail: [redaktion@wi-aktuell.de](mailto:redaktion@wi-aktuell.de)

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg:  
Hufnerstraße 28  
22083 Hamburg  
Tel.: 040 211165-32  
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:  
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249  
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446  
E-Mail: [Zeitschriften@haufe.de](mailto:Zeitschriften@haufe.de)

Media Sales (Print/Online):  
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731  
E-Mail: [oliver.cekys@haufe.de](mailto:oliver.cekys@haufe.de)  
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733  
E-Mail: [klaus.sturm@haufe.de](mailto:klaus.sturm@haufe.de)  
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41  
E-Mail: [heike.tiedemann@haufe.de](mailto:heike.tiedemann@haufe.de)

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2018.  
[www.mediacyber.haufe.de](http://www.mediacyber.haufe.de)

Druck: rewi druckhaus, Wissen

Bezugspreis jährlich:  
124,35 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungs-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingese-  
andte Manuskripte übernehmen wir keine  
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-  
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrich-  
ten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher  
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207



Die web-Präsenz der wi finden Sie unter [www.haufe.de/immobilien](http://www.haufe.de/immobilien) in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf [www.haufe.de](http://www.haufe.de) verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

20. + 21. Februar 2018, Berlin

## bautec 2018: Serielles Bauen, weitere Lösungen für den Wohnungsbau und Deutscher Bauherrenpreis

Die Wohnungswirtschaft bietet anlässlich der diesjährigen Baufachmesse bautec in Berlin gemeinsam mit ihren Partnern und maßgeblicher Unterstützung der Messe Berlin spannende Veranstaltungen zu den Themen Wohnungsbau, serielles Bauen und Baukultur.



So findet am 20. Februar im Palais am Funkturm auf der Messe Berlin der VIP-Abend Serielles Bauen

statt. Ab 18:30 Uhr erwarten die geladenen Gäste unter anderem eine Ansprache von Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesbauministerium, sowie ein Expertengespräch mit Axel Gedaschko, Präsident des GdW, Marcus Becker, Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB), und Barbara Ettinger-Brinckmann, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer (BAK).

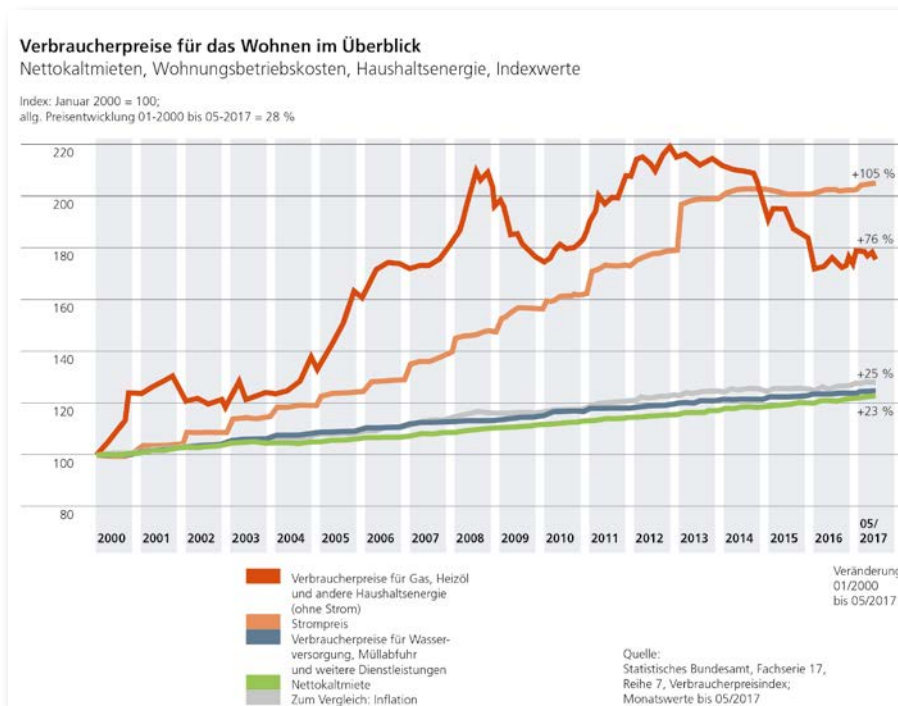
Am 21. Februar findet ab 10:00 Uhr in Halle 23 b der Messe Berlin das Symposium „Lösungen für den Wohnungsbau“ statt. Neben Antworten von Experten aus Wohnungswirtschaft, Architekten und Kommunen zur Frage „Vorfahrt für den Wohnungsbau?“ werden Best Practice-Beispiele präsentiert, die den Wandel der Rahmenbedingungen für das Planen und Bauen veranschaulichen. Im Anschluss an das Symposium werden geführte Rundgänge durch die Messe angeboten. Im Rahmen des Symposiums wird auch die Ausstellung der nominierten Projekte zum Bauherrenpreis 2018 präsentiert und zu besichtigen sein.



Die große Preisverleihung Deutscher Bauherrenpreis 2018 findet am Abend des 21. Februar ab 18:00 Uhr im Palais am Funkturm statt. Die bundesweit wichtigste Preisverleihung im Bereich des Wohnungsbaus wird den Gästen einen Überblick über ein breites Spektrum ausgezeichneten Projekte bieten. (schi) ■

➔ Weitere Infos zu Veranstaltungsprogrammen und Anmeldungen finden Sie unter [www.deutscherbauherrenpreis.de](http://www.deutscherbauherrenpreis.de) sowie in Kürze unter [www.gdw.de](http://www.gdw.de)

## GRAFIK DER WOCHE



Die größten Preiserhöhungen für die Mieter sind in den letzten Jahren durch steigende Energiepreise, steigende Stromkosten und Steuern entstanden.

## ZAHL DER WOCHE

# 248,6

Arbeitstage zählt das neue Jahr 2018. Dies sind, wenn man die regionalen Feiertage nach der Wirtschaftskraft der jeweiligen Bundesländer gewichtet, fast drei Arbeitstage weniger als im Jahr 2017. Erstmals seit drei Jahren sinkt die Zahl der Arbeitstage damit wieder deutlich. In den vergangenen 20 Jahren hatten allerdings die Jahre 2013, 2007, 2002 und 2001 eine noch geringere Zahl an Arbeitstagen. 2018 fallen weniger Feiertage auf ein Wochenende: Feiertage wie der 1. Mai (Dienstag), Christi Himmelfahrt am 10. Mai (Donnerstag) und Allerheiligen am 1. November (Donnerstag) liegen 2018 so günstig, dass mit einem Brückentag ein verlängertes Wochenende rausspringt. Die Weihnachtsfeiertage liegen 2018 ebenfalls arbeitnehmerfreundlich. Heiligabend fällt auf einen Montag gefolgt von den Feiertagen am Dienstag und Mittwoch. Das Minus bei den Arbeitstagen von 1,2 Prozent wird das Wirtschaftswachstum in Deutschland 2018 allerdings um rund 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte spürbar dämpfen. ■